

**Editorial****Bildung: Für Jugend und Arbeitsmarkt**

Im Jahr 2011 werden wir zahlreiche Debatten über Bildung, Forschung und Innovation (BFI) führen. Halten wir uns daher etwas Grundlegendes vor Augen: Die Schweiz als Land der Bildung ist eine Schweiz der Jugend und eine Schweiz mit hochwertigen Arbeitsplätzen. Dabei müssen wir uns bewusst sein, dass die Demographie gegen uns arbeitet. Es wird immer weniger Jugendliche im Ausbildungsalter geben, während es bereits heute in allen Bereichen an Fachkräften mangelt. Uns fehlen Ingenieure, Mediziner, Pfleger, Informatiker.

Erinnern wir uns zudem daran, dass wir selbst mitten in der Wirtschaftskrise viele offene Stellen nur dank hoch qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland besetzen konnten. Zwei Drittel der Migranten, die in unser Land kommen, verfügen zurzeit über ein Hochschuldiplom.

Diese Überlegungen legen folgenden Schluss nahe: Sämtliche Diskussionen über ausländische Studierende an unseren Hochschulen, über die Einführung eines Auswahlverfahrens oder eines Numerus clausus sowie über eine Erhöhung der Studiengebühren sind sinnlos, wenn sie nicht Teil einer umfassenden Reflexion sind. Denn die Entwicklung der Studierendenzahlen und die Situation auf dem Arbeitsmarkt sind zwei entscheidende Elemente für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Auf diesen beiden Elementen müssen unsere Überlegungen aufbauen. Ansonsten werden sie auf Sand gebaut sein.

**Josiane Aubert, Nationalrätin,**  
Vizepräsidentin des Politikerteams Future

**Bildung, Forschung, Innovation****Das Jahr 2012 beginnt bereits 2011**

**Der Bundesrat hat am 3. Dezember 2010 die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für 2012 verabschiedet. Es ist eine einjährige Übergangsbotschaft, vor der Vierjahresbotschaft 2013-2016. Das Jahr 2012 wird für die Zukunft entscheidend sein, da die Diskussionen über die BFI-Botschaft 2012 bereits den finanziellen Sockel für die Jahre 2013 bis 2016 definieren (siehe Grafik auf Seite 2).**

Am 3. Dezember 2010 hat der Bundesrat die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für das Jahr 2012 veröffentlicht. Damit die Vierjahresbotschaft künftig mit der Legislatur im Einklang steht, handelt es sich bei der Botschaft 2012 um eine einjährige Übergangsbotschaft. Der Bundesrat verlängert darin die beiden wichtigsten Aktionslinien der BFI-Botschaft 2007-2011: Die nachhaltige Sicherung und Steigerung der Qualität der Bildung sowie die Erhöhung der Wettbewerbs-

fähigkeit und des Wachstums in Forschung und Innovation.

**Die Schweiz liegt an der Spitze...**

Der Bundesrat anerkennt die Exzellenz der Schweizer Hochschulen und ist stolz auf die Leistungsstärke unseres Forschungs- und Innovationsplatzes. Er stellt fest, dass die Schweiz bis jetzt 4 Prozent der im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (FP7) vergebenen Mittel erhalten hat, aber nur 2,6 Prozent an das FP7-Budget bezahlt. Dies ergibt einen positiven Return on Investment von 160 Prozent. Dieser Erfolg zeugt von der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsstärke der Schweiz. Unser Land nimmt denn auch regelmässig Spitzenpositionen in den renommiertesten Rankings der Welt ein.

**... aber die Investitionen stagnieren**

Die für 2012 vorgesehenen Mittel werden allerdings nicht zum Ausbau dieser Exzellenz beitragen. Der BFI-Bereich

*Fortsetzung auf Seite 2*

**Die beiden Aufträge des Bundes**

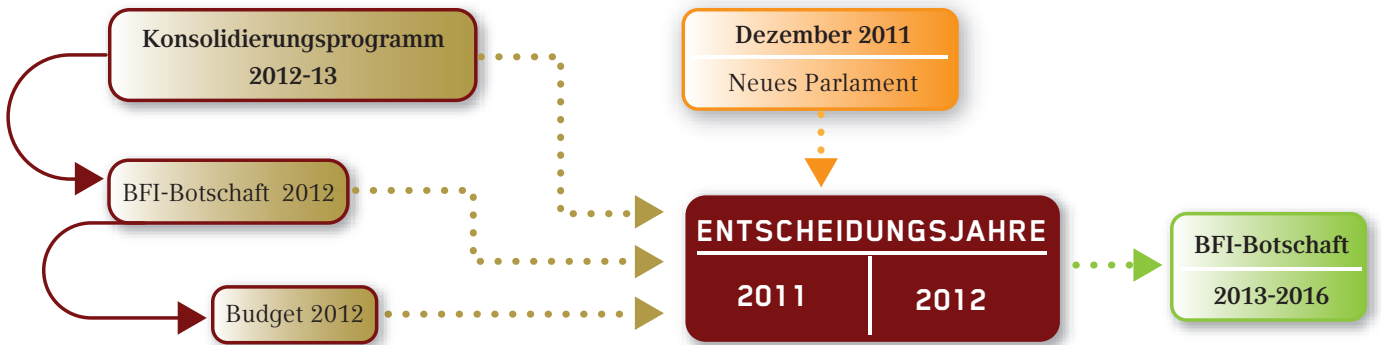
«Zur BFI-Botschaft 2012 gibt es vieles zu sagen. Für mich sind vor allem zwei Punkte wichtig.

Zum einen darf man diese einjährige Botschaft nicht losgelöst betrachten: Die durchschnittliche Wachstumsrate der BFI-Kredite von 2007 bis 2012 beträgt jährlich 5,3 Prozent. Auch wenn die Steigerung für 2012 nicht so hoch ausfällt, unter anderem wegen des Konsolidierungsprogramms, ist und bleibt der Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) eine wichtige Priorität des Bundes.

Zum anderen kann man über die interne Verteilung der Mittel zwar unterschiedlicher Meinung sein, man muss sich aber bewusst sein, dass der Bund eine doppelte Pflicht erfüllt: Er muss die Aufgaben wahrnehmen, für die er alleine die Verantwortung trägt, und er hat den Kantonen ein verlässlicher Partner zu sein. Ein Kompromiss zwischen diesen beiden Zielen ist unumgänglich.»

**Mauro Dell'Ambrogio, Staatssekretär für Bildung und Forschung**

Fortsetzung von Seite 1



Grafik: Die Entscheidungen über das Budget 2011, das Konsolidierungsprogramm 2012-13, die BFI-Botschaft 2012 und das Budget 2012 werden sich auf den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) bis ins Jahr 2020 auswirken.

erhält insgesamt 5,1 Milliarden Franken. Das Mittelwachstum für die ETHs und die kantonalen Universitäten ist also gering (1,3 bis 1,6 Prozent). Mit dieser Finanzierung können die Hochschulen weder die durch das Studierendenwachstum verursachten Kosten, noch die Lohnsteigerung decken. De facto wird im Bildungsbereich also desinvestiert. Den Verantwortlichen der Hochschulen bleibt nichts anderes übrig, als ihre ambitionierten Forschungsprojekte zu redimensionieren.

Der Bundesrat versucht zu relativieren und erklärt, dass sich die Situation mit der BFI-Botschaft 2013-2016 ändern könnte. Er schreibt, dem Parlament könn-

ten für diese Periode neue Leitlinien, Ziele und Massnahmen vorgelegt werden.

**Die Prioritäten sind bekannt**

Die Rektoren von Universitäten und Fachhochschulen, die ETH-Präsidenten und der ETH-Rat, der Schweizerische Nationalfonds (SNF) sowie die Akademien der Wissenschaften haben ihre «Hausaufgaben» gemacht und die vom Bundesrat verlangte Mehrjahresplanung 2012-2016 fristgerecht erarbeitet. Sie haben sich überdies untereinander koordiniert und vier gemeinsame nationale Prioritäten bestimmt:

1. Attraktive Rahmenbedingungen für den

- wissenschaftlichen Nachwuchts
2. Investitionen in grosse Forschungsinfrastrukturen
3. Erhöhung des Synergiegewinns mit europäischen Programmen
4. Wissens- und Technologietransfer

Leider muss diese gesamtschweizerische Vision wegen des Übergangsjahrs 2012 nun bis 2013 warten. Das Jahr 2012 ist für den BFI-Bereich daher ein verlorenes Jahr. Und auch 2013 wird die nationale Vision nur Realität, wenn die Hüter der Bundesfinanzen erkennen, dass die Entwicklung von Bildung und Forschung unmittelbar zum Wirtschaftswachstum der Schweiz beiträgt. (CC)

**SMS**

**Steigende Nachfrage nach Projektförderung des SNF**

Weil die Nachfrage nach den Fördermitteln des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) 2010 stärker stieg als die Bundesbeiträge, konnte der SNF dieses Jahr in der Projektförderung nur 38 Prozent der verlangten Beiträge finanzieren. Dies zeigen die vorläufigen Zahlen, nachdem die zur Verfügung stehenden Mittel weitgehend vergeben sind. Die Erfolgsquote der Projekte sank auf ein Rekordtief: Sie liegt mit 49 Prozent erstmals unter der 50-Prozent-Marke. Da sich die Qualität der Gesu-

che nicht verändert hat, war der SNF gezwungen, vermehrt auch hoch eingestufte Projekte abzulehnen.

**ETH-Rat spricht zusätzliche Mittel für SwissFEL und Blue Brain**

Der ETH-Rat hat beschlossen, 25 Millionen Franken aus den eigenen Mitteln in die beiden Grossforschungsprojekte SwissFEL des Paul Scherrer Instituts (PSI) und Blue Brain der ETH Lausanne (EPFL) zu investieren. Die Grossforschungsprojekte sind eine der Prioritäten in der Mehrjahresplanung des ETH-Rats. Er for-

dert darin von 2012 bis 2016 ein jährliches Wachstum des Bundesbeitrages an den ETH-Bereich von 6 Prozent.

**Einheitliche Zulassungspraxis für Fachhochschulen**

Der Bundesrat fordert die Fachhochschulen in einem Bericht auf, ihre Zulassungspraxis zum Bachelorstudium zu vereinheitlichen. Unter anderem brauche es einheitliche Anforderungen an das Praxisjahr, das Personen mit gymnasialer Maturität vor dem Studienbeginn absolvieren müssen. Insgesamt entspreche die Zulas-

sungspraxis der Fachhochschulen aber den Vorgaben des Fachhochschulgesetzes, schreibt der Bundesrat. Der Bericht geht auf ein Postulat (08.3272) von Nationalrätin Brigitte Häberli-Koller (FDP, Die Liberalen) zurück.

### Gemeinsames Forschungsprogramm von EPFL und Harvard

Die ETH Lausanne (EPFL) und die Harvard Medical School (USA) haben ein gemeinsames Forschungsprogramm im Bereich der Neurowissenschaften lanciert. Es bringt die Innovationen der EPFL und die Erfahrung in der medizinischen Anwendung am Patienten der Harvard-Universität zusammen. Das Programm soll zur Verbesserung der Lebens-

qualität von Menschen mit neurologischen Behinderungen beitragen.

### Teilnahme an EU-Forschungsinitiative für Lebensqualität im Alter

Der Bundesrat hat ein Abkommen zur Teilnahme der Schweiz am EU-Forschungsprogramm Ambient Assisted Living (AAL) genehmigt. Es unterstützt Forschungsvorhaben, welche die Lebensqualität im Alter verbessern. Schweizer Hochschulen, Forschungseinrichtungen und KMU können sich damit an grenz-überschreitenden Kooperationen beteiligen und erhalten Zugang zu Forschungsgeldern und Märkten. Die Schweiz kann an AAL teilnehmen, weil sie an das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (FP7) assoziiert ist.

### Europäischer Forschungsrat: 27 Starting Grants für die Schweiz

Der Europäische Forschungsrat (ERC) vergibt bei der dritten Ausschreibung der Starting Grants 27 dieser Förderungen an Schweizer Institutionen. Damit liegt die Schweiz im Länderranking auf dem vierten Platz hinter Grossbritannien, Frankreich und Deutschland. Die meisten Starting Grants (7) erhält in der Schweiz die ETH Lausanne (EPFL). Danach folgen die ETH Zürich (6), die Universitäten Zürich (4), Genf (2), Lausanne (2), Bern (1) und Neuenburg (1) sowie drei weitere Schweizer Forschungsinstitute. Mit den Starting Grants fördert der ERC Grundlagenforschungsprojekte exzellenter Nachwuchsforscher mit bis zu 2 Millionen Euro.

## NEWS

Bundesausgaben

### Bevölkerung will mehr Geld für Bildung

Gemäss einer repräsentativen Umfrage im Auftrag von Economiesuisse fordern 40 Prozent der Stimmberechtigten Mehrausgaben für die Bildung. In keinem anderen Bereich ist die Zustimmung für ein stärkeres finanzielles Engagement des Staates so hoch. Ein Drittel der Befragten will ausserdem, dass der Bund auch in die Forschung mehr Geld investiert. Sparen will die Mehrheit der Bevölkerung dagegen im Asylwesen, bei den Löhnen der Verwaltungsangestellten und der Armee. Diese Anliegen kontrastieren mit der Realität in der Exekutive. Während sich ein Bundesrat voll für die Bedürfnisse der Armee einsetzt, gibt es noch immer kein Departement für den nach der Meinung des Volkes prioritären Bereich der Bildung und Forschung.

Konsolidierungsprogramm

### Weniger Kürzungen bei den Universitäten?

Der Bundesrat wird dem Parlament in der Beratung des Konsolidierungsprogramms 2012/13 (KOP) beantragen, auf die Kürzung der projektgebundenen Beiträge an die kantonalen Universitäten zu verzichten. Damit würden bei den Universitäten 2012 und 2013 rund 27 Millionen Franken weniger gekürzt. Diese teilweise Schonung beschlossen der Bundesrat und die Kantonsregierungen am 9. November 2010: Die Kantone verpflichteten sich, das KOP zu akzeptieren, wenn der Bund seinen Beitrag an den Neuen Finanzausgleich (NFA) dauerhaft um 112 Millionen Franken erhöht. Zudem forderten die Kantone vom Bundesrat, auf Kürzungen in fünf Bereichen – darunter die Universitäten – zu verzichten.

Insgesamt kürzt der Bund im Rahmen des KOP von 2011 bis 2013 bei der Bildung, Forschung und Innovation (BFI) rund eine halbe Milliarde Franken.

### Impressum

Münstergasse 64/66  
3011 Bern  
Tel. 031 351 88 46  
Fax 031 351 88 47  
[www.netzwerk-future.ch](http://www.netzwerk-future.ch)

© Netzwerk FUTURE 2010

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

### News auf [netzwerk-future.ch](http://netzwerk-future.ch)

Auf der Website des Netzwerks FUTURE [www.netzwerk-future.ch](http://www.netzwerk-future.ch) finden Sie täglich aktualisierte News zum Thema Forschung, Bildung und Innovation.